

Die Zukunft der europäischen Nachbarschaftspolitik

GIPFEL DER ÖSTLICHEN PARTNERSCHAFT IN BRÜSSEL, 24. NOVEMBER 2017

„Wir möchten das tägliche Leben der Bürger in den Mitgliedsstaaten sowie in jenen der Östlichen Partnerschaft verbessern“, so der Tenor der gemeinsamen Abschlusserklärung der Teilnehmer des Gipfels der Östlichen Partnerschaft in Brüssel. Die Evaluierung der zuletzt im Rahmen des Gipfels in Riga 2015 vereinbarten Wegmarken sowie die Konkretisierung der 20 Ziele für 2020 des gemeinsamen Papieres des Europäischen Auswärtigen Dienstes und der Europäischen Kommission standen im Fokus des diesjährigen Gipfels.

Die zunächst ausgesprochene Einladung an den Staatspräsidenten von Belarus, Alexander Lukashenko, sorgte vorübergehend für mediale Aufmerksamkeit, jedoch entsandte er nur seinen Außenminister.

Die Europäische Union steht vor einer neuen Phase der europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP). Die Entwicklungen im Osten und Südosten Europas erfordern ein verstärktes Engagement der Europäischen Union (EU) in diesen zentralen Nachbarregionen. Dementsprechend ist der Ort des fünften Gipfels (seit 2009) der östlichen Europäischen Nachbarschaftspolitik von hoher Symbolik geprägt: Erstmals fand der Gipfel in Brüssel, Zentrum europäischer Politik statt. Dies ging vor allem auf die Initiative des estnischen Premierminister, Jüri Ratas, zurück, dessen Land derzeit die EU-Ratspräsidentschaft innehat. Nach Aussagen einiger Institutionsvertreter sollte damit verdeutlicht werden, dass die Länder der Östlichen Partnerschaft eine wichtige Rolle für die EU als Ganzes spielen. Die Kooperationen zwischen der EU und den sechs Ländern der Östlichen Partnerschaft sollen demnach weiter verbessert und vertieft werden, wenngleich dies beiderseitig mit unterschiedlichen Erwartungen unterlegt wird. Insistiert Brüssel weiterhin auf einschneidende Reformen und den

Kampf gegen Korruption und Misswirtschaft, sehen sich die Länder der östlichen Partnerschaft mit den Hoffnungen auf weiterreichende Integrationsschritte ausgebremst. So richtig überzeugen vermochte daher die symbolische Wirkkraft des Tagungsortes im Herzen Europas nicht wirklich.

Insbesondere auf so wichtigen Feldern wie der digitalen Wirtschaft, guter Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen (KMUs), Breitbandinvestitionen, sowie Investitionen in Transport-, Energie- und Infrastrukturprojekte soll zukünftig die Zusammenarbeit verstärkt werden. Auch die Verbindungen zwischen den Menschen innerhalb der sechs Länder, aber auch zwischen den Bürgern der sechs Partnerländer und den Bürgern der EU insgesamt soll intensiviert werden. Zudem bedarf es einer Stärkung der Zivilgesellschaft, so der EU-Ratspräsident, Donald Tusk, in seiner Abschlusserklärung.

Gipfelteilnehmer

Die Gipfelteilnehmer setzen sich aus den 28 Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten, den Staats- und Regierungschefs der sechs Länder der Östlichen Partnerschaft (Armenien: Präsident Serzh Sargsyan; Aserbaidshan: Präsident Ilham Aliyev; Georgien: Premierminister Giorgi Kvirikashvili; Ukraine: Präsident Petro Poroschenko; Republik Moldau: Premierminister Pavel Filip; Belarus: Außenminister Vladimir Makei) sowie den Präsidenten des Europäischen Rates bzw. der Europäischen Kommission, Donald Tusk und Jean-Claude Juncker wie auch der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini und den EU-Kommissaren Johannes Hahn (Nachbarschaft und Erweiterung) und Cecilia Malmström (Handel) zusammen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
OLIVER MORWINSKY

Dezember 2017

www.kas.de/bruessel

„20 Ziele für 2020“

Der diesjährige Gipfel der Europäischen Nachbarschaft hatte sich vornehmlich drei Ziele gesetzt:

- 1) Eine tiefgehende Auseinandersetzung mit der künftigen Zusammenarbeit,
- 2) Bilanzziehen der Errungenschaften seit dem letzten Gipfeltreffen, 2015 in Riga,
- 3) Stärkung der Beziehungen nicht nur der Partnerländer zur EU, sondern auch unter den einzelnen Partnerländern.

Die genannten Kernziele basieren auf dem gemeinsamen Schlüsseldokument des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) und der Europäischen Kommission „Östliche Partnerschaft - Konzentration auf Kernprioritäten und Ziele“. Dieses fungiert als Arbeitsplan für die kommende Phase der Östlichen Partnerschaft bis 2020. Das Dokument beinhaltet Vorschläge zu Themen wie strategischer Kommunikation und Unterstützung unabhängiger Medien, öffentlicher Verwaltungsform, der Stärkung von Sicherheitskooperation und höherer Widerstandskraft sowie einer effizienteren und effektiveren multilateralen Struktur der Östlichen Partnerschaft.

Es zielt ferner darauf ab, konkrete handfeste Ergebnisse für die Bürger zu liefern, besonders in den vier vorrangigen Themen, die in Riga beschlossen wurden. Diese lauten:

- a) Stärkung der Institutionen durch verantwortungsbewusste Regierungsführung sowie eine Verbesserung der Effektivität der Verwaltungsapparate,
- b) Mobilität und „Mensch-zu-Mensch“-Kontakte (Stichwort: Visaliberalisierung)
- c) Verbesserung des gegenseitigen Marktzugangs,
- d) Ausbau der Transport- und Energienetze.

Die Ziele für 2020 sollen als ein konkretes Instrument für eine kohärentere, effizientere und umfassendere Umsetzung der ENP-Strategie genutzt werden. Sie zielt darauf ab, die effiziente Unterstützung der EU zu erweitern und die Partnerländer zu Reformen zu ermutigen.

Gemeinsame Erklärung

Im Abschlussdokument wurde ausdrücklich die Bedeutung der Einbeziehung der ganzen Gesellschaft im Rahmen der Östlichen Partnerschaft und deren Initiativen hervorgehoben. Die Teilnehmer bekräftigten darin ihren Willen, die interparlamentarische Zusammenarbeit, vor allem auch im Rahmen der Parlamentarischen Versammlung der EURONEST. Zudem wurde die Empfehlung zum vollständigen Inkrafttreten der Assoziierungsabkommen (AA) einschließlich der jeweils vertieften und umfassenden Freihandelszone (Deep and Comprehensive Free Trade Area; DCFTA) von Georgien, Moldau und Ukraine ausgesprochen. Im Rahmen der Verhandlungen über ein neues Abkommen mit Aserbaidschan wurden Fortschritte gemacht, so die Erklärung.

Die Gespräche über ein gemeinsames Luftfahrtabkommen mit der Ukraine wie auch mit Armenien und Aserbaidschan sollen so bald wie möglich abgeschlossen werden. Ein Dialog zu einem möglichen Visaliberalisierungsabkommen mit Armenien soll zudem schnellstmöglich initiiert werden. Ebenso wurde die Erweiterung des EU Transeuropäischen Transportnetzes (TEN-T) auf die östlichen Partnerländer beschlossen. Insgesamt strahlt die gemeinsame Erklärung einen großen Geist der Einigkeit aus.

Aussprache und Empfehlung des Europäischen Parlaments

Bereits im Vorfeld zum Gipfel in Brüssel fand am 14. November 2017 eine Aussprache im Europäischen Parlament während der Sitzungswoche in Straßburg zum Stand der Nachbarschaftspolitik statt. Dabei äußerte sich die EVP-Berichterstatterin zur Östlichen Partnerschaft im Vorfeld des Gipfeltreffens, Laima Liucija Andrikiene, wie folgt: „Der Gipfel soll zukunftsorientiert sein und muss eine neue Dynamik und klare politische Vision für die Zukunft *unserer* östlichen Partnerschaft [schaffen].“ Sie forderte ferner, dass die Empfehlungen des Europäischen Parlamentes (fünf nachgenannte Punkte) sowie die Umsetzung der Assoziierungsabkommen mit den entsprechenden Ländern berücksichtigt werden sollten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
OLIVER MORWINSKY

Dezember 2017

www.kas.de/bruessel

Ferner betonte die Litauerin, dass das Prinzip des „more for more and less for less“ enorm wichtig sei. Zudem müsse es eine klare Differenzierung zwischen den einzelnen Staaten geben. EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström äußerte sich ähnlich: „Es geht darum, möglichst viele Bürger in die Partnerschaft einzubinden.“ Der Gipfel biete zudem eine Chance, auf alte Strukturen aufzubauen, aber auch für neue Dynamik zu sorgen. Sie betonte zudem die hohe Bedeutung der 20 Ziele für 2020 und forderte die sechs Partnerländer gleichzeitig zu mehr Kooperation untereinander auf.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten (AFET) des Europäischen Parlamentes, David McAllister (EVP), forderte die EU auf, klarer als bisher Anforderungen zu formulieren, die konkreter und messbarer sind. Zudem betonte er die Bedeutung der Zivilgesellschaft in den Ländern der Östlichen Partnerschaft und unterstrich seinen Wunsch, diese besser zu unterstützen.

Am 15. November 2017 gab der AFET-Ausschuss eine Empfehlung an den Rat, die Kommission und den EAD zur Östlichen Partnerschaft ab. Die Empfehlung enthält fünf wesentliche Punkte:

- 1) Der Aufbau eines Treuhandfonds für die Ukraine, Georgien und die Republik Moldau, der sich an private und staatliche Investoren für soziale und wirtschaftliche Projekte, insbesondere Infrastruktur, richtet;
- 2) Die Schaffung eines „EaP+“-Modells für verbündete Länder, die in Bezug auf EU-Reformen erheblichen Fortschritt gemacht haben. Dies soll ihnen die Möglichkeit geben, der Zoll-, Energie- und/oder Digitalunion oder auch dem Schengen-Raum beizutreten;
- 3) Unterstützen von Wirtschaftsreformen, die darauf abzielen, Monopole abzubauen, die Rolle von Oligarchen zu begrenzen sowie Geldwäsche und Steuerhinterziehung zu verhindern;
- 4) Beibehalten des gemeinsamen Drucks auf Russland, um die Konflikte in der Ostukraine, in den besetzten Gebieten in Abkhasia und Südossetien und in Transnistrien zu lösen;

- 5) Unterstützung des Vorschlages zur Entsendung einer bewaffneten Polizeieinheit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zur Wahrung des Friedens und der Sicherheit.

Die sechs Partnerländer im Fokus

Die Entwicklungen in den Partnerländern waren seit dem Gipfel von Riga 2015 von unterschiedlichen Veränderungen und Fortschritten geprägt.

Georgien

In Georgien hat sich seit März 2014 mit dem Inkrafttreten eines Rahmenprogramms zur Teilnahme Georgiens an der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU einiges getan. So folgte im Juni 2014 die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens (AA) einschließlich einer vertieften und umfassenden Freihandelszone (Deep and Comprehensive Free Trade Area; DCFTA). Dies soll vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen stärken und zugleich den Reformwillen gegenüber der EU unter Beweis stellen. Am 1. Juli 2016 trat das AA nebst dem DCFTA in Kraft. Die EU ist einer der bedeutendsten Handelspartner des Landes mit einem Anteil von 31 Prozent am gesamten Handelsvolumen Georgiens. Seit dem 28. März 2017 gilt zudem die Visafreiheit. Mehr als 160.000 Bürger haben bereits davon Gebrauch gemacht.

Georgien hatte darauf gehofft, bei diesem Gipfel weiterreichend Mitgliedschaftsperspektiven erreichen zu können. Von Seiten der EU werden Georgien jährlich 120 Millionen Euro als Zuschusshilfe bereitgestellt, die vorrangig zur Verbesserung der Sicherheitssituation innerhalb Georgiens beitragen sollen.

Republik Moldau

Die Republik Moldau unterzeichnete im Juni 2014 das AA nebst DCFTA und stieg damit zum „associated partner“ auf. 66 Prozent aller Exporte des Landes gehen in die EU.

Am 1. September 2015 trat die Republik Moldau dem Regionalen Übereinkommen über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln (PEM-Abkommen) bei, das sich eine effizientere Verwaltung des Systems der

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
OLIVER MORWINSKY

Dezember 2017

www.kas.de/bruessel

Paneuropa-Ursprungskumulierung zum Ziel gesetzt hat.

Auch hier trat das AA am 1. Juli 2016 in Kraft. Die Bürger der Republik Moldau können bereits seit dem 28. April 2014 ohne Visum in die EU einreisen. Davon profitierte bereits über eine Millionen Menschen. Das mit der EU abgeschlossene Abkommen hat den Handel zwischen der Republik Moldau und der EU noch einmal verstärkt. So stiegen die EU-Importe aus der Republik Moldau zwischen 2015 und 2016 um 7,7 Prozent. Die EU setzt sich in der Republik Moldau vor allem für die Modernisierung des Landes durch Reformen für Wachstum und Arbeitsplätze, für die Achtung der Menschenrechte und für das Stärken der Demokratie und rechtsstaatlicher Institutionen insgesamt ein.

Ukraine:

Ebenso wie die Republik Moldau unterzeichnete auch die Ukraine im Juni 2014 das AA nebst DCFTA.

Seit dem 1. September 2017 ist das AA/DCFTA vollständig in Kraft getreten, bevor es bereits 2014 und 2016 (bspw. in Bezug auf die DCFTA teilweise angewandt wurde). Von Januar bis August 2017 stiegen die Exporte von der Ukraine in die EU im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 27 Prozent an. Das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine trat aufgrund des niederländischen Referendums vom April 2016 so spät in Kraft, da sich die Niederländer dagegen ausgesprochen hatten.. Dies hatte zwar keine bindende Wirkung für die Regierung, dennoch war es politisch heikel und sorgte für eine verspätete Anwendung des Abkommens. Seit dem 11. Juni 2017 gilt auch für die Bürger der Ukraine die Visafreiheit. Über 230.000 Ukrainer reisten seitdem in die EU.

Unterstützung aus Brüssel erfährt die Ukraine vor allem im Hinblick auf eine stabile, erfolgreiche und demokratische Zukunft für die Bürger sowie die Unabhängigkeit und territorialer Integrität und Souveränität des Landes. Die Ukraine ist einer der größten Profiteure der Östlichen Partnerschaftsländer im Bereich des Erasmus+ Programms. Über 5.000 Studenten und im Bildungssektor Tätige haben hiervon bereits profitiert.

Im Jahr 2014 beschloss die Ukraine ein Reformprogramm zur Stabilisierung der Wirtschaft und zur Verbesserung der Lebensqualität der Bürger. Dies beinhaltete u.a. den Kampf gegen die Korruption, Justizreformen, Verfassungs- und Wahlrechtsreformen, Verbesserung der Energieeffizienz und Reformen der öffentlichen Verwaltung (insbesondere in Bezug auf Dezentralisierung; hier unterstützt die EU das Land mit einem 90 Millionen-Euro-Paket). Zur Unterstützung des Reformprozesses hat die EU ein Finanzpaket in Höhe von 12,8 Milliarden Euro für die nächsten Jahre aufgelegt. Dies ist jedoch an strenge Konditionen und insbesondere den Fortschritt der vorgenannten Reformen gebunden. Die Implementierung ist hier ein Faktor.

Armenien:

Armenien ist seit 2015 Mitglied der Eurasischen Wirtschaftsunion (EEU). Diese ist aus der russisch dominierten Zollunion hervorgegangen und umfasst insgesamt fünf Staaten (Armenien, Kasachstan, Kirgisistan, Russland und Belarus). Dennoch initiierte die EU im Oktober 2015 Verhandlungen über ein Abkommen zur engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit, das sog. CEPA-Abkommen (Comprehensive and Enhanced Partnership Agreement). Dieses Abkommen umfasst die neuen globalen, politischen und wirtschaftlichen Interessen beider Seiten, insbesondere in den Bereichen Energie, Transport, Umwelt und Handels. Im März 2017 wurde dies paraphiert und wurde nunmehr unterzeichnet. Es ist das erste Abkommen der EU solcher Art mit einem Mitgliedsland der EEU. Schon jetzt ist die EU der größte Exportmarkt für das Land. Gut 22 Prozent des gesamten Handelsvolumens gehen in die EU. Des Weiteren wurden die Verhandlungen über ein gemeinsames Luftfahrtabkommen begonnen.

Dies soll sowohl die ökonomischen als auch die persönlichen Kontakte zwischen Armenien und der Europäischen Union bzw. ihren jeweiligen Bürgern verbessern. Die EU verfolgt zudem das Ziel, das Land in das europäische Stromnetz zu integrieren, um auch den Energieaustausch bzw. –markt zwischen Armenien und Georgien zu verbessern. Knapp 700 Haushalte erhielten bereits EU-Unterstützung für eine energieeffiziente Gebäuderenovierung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
OLIVER MORWINSKY

Dezember 2017

www.kas.de/bruessel

Die EU unterstützt zudem demokratische Governance Reformen, die die Rechtsstaatlichkeit, Anti-Diskriminierungsinitiativen, die Grundfreiheiten sowie Menschenrechte schützen sollen. Die Europäische Union investiert zudem in die Zivilgesellschaft wie auch in gemeinnützige Projekte. So hat sich die Trinkwasserqualität für über 11 Millionen Menschen durch Unterstützung der EU maßgeblich verbessert.

Aserbaidshjan:

Im Jahr 2014 trat das Visaerleichterungs- und Rückübernahmeabkommen mit der EU in Kraft, wodurch die Bürger Aserbaidshjans einfacher und billiger Kurzzeitvisa erlangen können, um in die meisten EU-Länder zu reisen. Im Februar 2017 begannen offizielle Gespräche zwischen der EU und Aserbaidshjan über ein umfassendes Abkommen, welches das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PCA) von 1991 ablösen soll, um die gemeinsamen Ziele und Herausforderungen von heute besser in Angriff zu nehmen. Damit soll eine neue Dynamik in den politischen Dialog gebracht die gegenseitige Zusammenarbeit vertieft und verbessert werden. Schon jetzt ist die EU der erste Handelspartner und größte Im- und Exportmarkt. Sie ist zudem Aserbaidshjans größter ausländischer Investor. Für Brüssel ist Aserbaidshjan ein wichtiger Partner in Energiefragen, da die EU der größte Kunde für aserbaidshjanisches Öl und Öltransfers im Land ist. Umgekehrt deckt das Land 5 Prozent der gesamten EU-Gasnachfrage. EU-Ratspräsident Tusk sagte, dass die Verhandlungen zwischen der EU und Aserbaidshjan über ein neues Abkommen bereits laufen. Aserbaidshjan ist in mehreren Twinningprojekten der EU involviert. Das Twinning-Programm existiert seit Mai 1998 und stellt eines der Kerninstrumente der Unterstützung zum Aufbau institutioneller Strukturen eines Landes dar. Es verfolgt das Ziel, den Empfängerländern bei der Entwicklung moderner und effizienter Verwaltungen mit den Strukturen (inhaltlich wie personell) und der Implementierung des EU-Acquis zur Seite zu stehen. In den letzten zehn Jahren haben bereits 26 Ministerien und öffentliche Institutionen an 46 Twinningprojekten teilgenommen (wovon 26 bereits abgeschlossen, 13 derzeit noch laufen und 7 in der Vorbereitung sind).

Belarus:

Im Februar 2016 hat die EU als Reaktion auf eine EU- bzw. menschenfreundlichere Politik Lukashenkos einen Großteil ihrer Sanktionen aufgeboben. Gleichzeitig wurde die Zusammenarbeit zwischen Belarus und der Europäischen Investitionsbank (EIB) sowie der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) ausgebaut.

Maßgebliche Kriterien für die Zusammenarbeit zwischen der EU und Belarus sind die Schritte Belarus' hin zur Achtung der universellen Freiheit, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte (was auch die Abschaffung der Todesstrafe beinhaltet), inklusive fundamentaler Arbeitsrechte. Belarus ist bislang kein WTO-Mitglied. Aus Sicht der EU wäre es ratsam, diesen Schritt zu gehen, da dies zu einem voraussehbaren und stabileren Arbeitsumfeld führen würde. Die EU ist bereits der zweitwichtigste Handelspartner des Landes (nach Russland), mit einem Anteil von 33 Prozent am Gesamthandelsvolumen.

Belarus ist das Land der Östlichen Partnerschaft, das die besten Ergebnisse im EU-Forschungsprojekt, Horizon 2020, vorweisen kann.

Ausblick und Kommentar

„Die EU ist heute der erste Export- und Importmarkt für die Ukraine, Aserbaidshjan, Georgien und die Republik Moldau und der zweitgrößte für Armenien und Belarus, zudem ist er ein wesentlicher Investor in jedem von diesen Ländern“, so EU-Ratspräsident Tusk im Nachgang zu diesem Gipfel.

Das Stichwort „Russland“ fiel erstaunlich selten auf dem Gipfel. Insgesamt, so hatte es den Anschein, versuchte man, sich primär auf sich selbst zu konzentrieren. Lediglich eine prominente Äußerung ist zu vermeiden. In der Abschlusserklärung des Ratspräsidenten wird nochmal ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die EU die Aggression Russlands verurteilt und „niemals die illegale Annexion der Krim anerkennen wird.“ Durch die vorläufige Anwendung der im Jahr 2014 abgeschlossenen Assoziierungsabkommen und vertieften und umfassenden Freihandelsabkommen mit Georgien,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
OLIVER MORWINSKY

Dezember 2017

www.kas.de/bruessel

der Republik Moldau und der Ukraine, haben die Beziehungen zwischen diesen Ländern und der EU eine neue Stufe erreicht. Mit Blick auf Armenien, Aserbaidshan und Belarus verfolgt die EU bei der Ausgestaltung der Beziehungen zu diesen Ländern eine differenziertere und maßgeschneiderte Herangehensweise.

Insgesamt war die gemeinsame Abschluss-erklärung sehr auf Einigkeit angelegt, wenngleich diese nach der Auffassung von Tusk durchaus ambitionierter hätte ausfallen können. Allerdings wäre dies zu Lasten der Einigkeit gegangen, welche – wie erwähnt – oberste Priorität hatte. Die Gipfelteilnehmer führten eindeutig aus, dass die Stärkung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und der Grundfreiheiten sowie die Prinzipien des internationalen Rechts, das „Herzstück der Östlichen Partnerschaft“ seien.

Die Europäische Nachbarschaftspolitik wurde von Anfang an mit Argusaugen aus Russland beobachtet. Wenngleich es von Seiten der EU nicht um eine Provokation Russlands ginge und geht, so bleibt es dennoch eine wertengeleitete Politik. Allerdings stellte der luxemburgische Premierminister, Xavier Bettel nochmals ausdrücklich klar, dass der Austausch sehr wichtig ist, allerdings „wenn Sie mich fragen, ob die EU morgen neue Mitglieder aufnehmen sollte: nein. Vielleicht übermorgen, aber noch nicht morgen.“

Dies ist genau das Spannungsfeld, in dem sich die EU derzeit bewegt. Auf der einen Seite gibt es nach wie vor eine sog. Enlargement-fatigue, wenn nicht gar Angst (s. das niederländische Referendum im April 2016 über das EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen). Auf der anderen Seite stehen die Länder der ENP (einschließlich der Länder des West-Balkans, die seit Jahren einschneidende Reformen in ihren Ländern durchführen und ihren Einwohnern derzeit lediglich eine vage Beitrittsperspektive bieten können. Wenngleich nicht leichtfertig mit der EU-Mitgliedschaft umgegangen werden sollte, so bedarf es jedoch einer Nachbarschaftspolitik mit Augenmaß. Das Prinzip des „more for more and less for less“ scheint ein vielversprechendes Instrument hierfür zu sein.